

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Andreas Winhart

Abg. Bernhard Seidenath

Abg. Markus Plenk

Abg. Barbara Fuchs

Abg. Ulrich Singer

Abg. Susann Enders

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Abg. Ruth Waldmann

Abg. Dr. Dominik Spitzer

Staatsminister Klaus Holetschek

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Roland Magerl u. a. und Fraktion (AfD)

COVID-19-Fälle in Alten- und Pflegeeinrichtungen bei Berechnung der Inzidenz gesondert berücksichtigen (Drs. 18/12918)

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Winhart das Wort. Herr Abgeordneter Winhart, bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Bayern sehnt sich nach einer Normalität und damit weg von den Corona-Maßnahmen. Die Bürger unseres Landes wünschen sich, wieder einkaufen gehen zu können. Sie wünschen sich, dass ihre Firma wieder arbeiten kann und sie endlich aus der Kurzarbeit herauskommen. Sie wünschen sich eine Planungsperspektive für das eigene Leben, sich wieder mit Freunden zu treffen, abends mit Kollegen in der Kneipe ein Bier zu trinken, dem Lieblingshobby nachzugehen oder, wenn es die Kasse noch hergibt, vielleicht wieder einmal einen kurzen Urlaub zu planen bzw. wie jetzt im Winter zum Skifahren oder zum Snowboarden zu fahren. Ich denke, diese Wünsche sind nach dem langen Lockdown nur allzu verständlich.

In den kommenden Tagen trifft sich die Berliner Klüngelrunde – die Bundeskanzlerin, die Ministerpräsidenten und die linientreuen sogenannten Experten –, um über den weiteren Verlauf des Lockdowns zu entscheiden und zu beraten. Gerade unser Ministerpräsident zeigt sich dann wieder als Hardliner fest an der Seite unserer gefühlskalten Kanzlerin.

Viele Bürger fragen sich, welche Verschärfungen und Verlängerungen sie diesmal erwarten. Dabei bräuchten die Bürger, die Wirtschaft und das gesellschaftliche Leben aber längst einen Kurswechsel in Sachen Corona. Mit dem Antrag der AfD hat der

Landtag heute die Chance, Herrn Söder einen Auftrag für das Corona-Kaffeekränzchen im Kanzleramt mitzugeben, nämlich eine pragmatische Veränderung der Berechnung der Inzidenzwerte. Bayern könnte das gleich einmal vorbildlich vormachen.

Ich denke, das Hohe Haus ist sich einig, dass die Corona-Zahlen vor allem in den Alten- und Pflegeeinrichtungen hoch sind und dort zu unser aller Bedauern immer wieder Hotspots mit Corona entstehen. Wie wir in früheren Debatten stets angeführt haben, gilt auch hier unser Leitsatz: Risikogruppen schützen, aber den anderen ein normales Leben ermöglichen.

Der Kern sämtlicher Maßnahmen sind die willkürlich festgelegten Inzidenzwerte. Das Ziel der Klüngelrunde in Berlin sind 50 Fälle auf 100.000 Einwohner, und Ministerpräsident Söder schwadroniert bereits von einem Zielinzidenzwert von 10 Fällen pro 100.000 Einwohner.

Zahllos sind die Meldungen über Corona-Ausbrüche in Altenheimen mit 20, 30 und manchmal sogar mehr Infizierten. Ein Glück, dass diese Einrichtungen klar abgrenzbar und zum Schutz der Bewohner isolierbar sind.

In Geretsried wurde vor wenigen Tagen ein Corona-Ausbruch mit über 100 Infizierten bekannt. Der Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen hat circa 128.000 Einwohner, und alleine der Ausbruch in Geretsried mit 100 Betroffenen in Pflegeheimen hätte daher in diesem Landkreis zu einer Inzidenz von rund 78 auf 100.000 Einwohner geführt; da hätte es extern keinen einzigen weiteren Fall gebraucht. Andersrum gesehen: Wenn Sie unserem Antrag folgen und die Pflege- und Altenheime bei der Inzidenzberechnung herausnehmen, dann hätten die Bürgerinnen und Bürger im Schul-, Berufs- und Alltagsleben ganz normal weitermachen können.

Ein Landkreis kommt schnell über die kritischen Werte, ohne dass beim Rest der Gesellschaft nennenswerte Corona-Fälle auftreten. Trotz niedrigster Werte außerhalb der Hotspots werden die Bürger dann jedoch weiter in ihren Grundrechten eingeschränkt. Die Gastronomen und der Einzelhandel werden in den Ruin getrieben. Die Kinder wer-

den zum Homeschooling gezwungen, und die Arbeitnehmer sollen neben der Kinderbetreuung noch Höchstleistungen im Homeoffice bringen.

Mit unserem heutigen Dringlichkeitsantrag schaffen Sie wieder Verhältnismäßigkeit. Garantieren Sie einen Schutz von Risikogruppen, und ermöglichen Sie der Bevölkerung außerhalb der Hotspots ein weitgehend normales Leben. Wir bitten deshalb um Zustimmung zu unserem Antrag. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Winhart. – Zwischenbemerkungen dazu gibt es nicht. Der nächste Redebeitrag kommt daher von Herrn Bernhard Seidenath, dem Vorsitzenden des Gesundheitsausschusses. Bitte schön, Herr Abgeordneter Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum Dringlichkeitsantrag der AfD muss zunächst festgestellt werden, dass die 7-Tage-Inzidenz einer der wichtigsten Werte im Pandemiemanagement ist. Diese Zahl wurde inzwischen sogar im Dritten Bevölkerungsschutzgesetz bundesgesetzlich verankert. Es wäre daher schlicht falsch, wenn Bayern hier ausscheren und die Alten- und Pflegeeinrichtungen für die Inzidenzentwicklung nicht mehr heranziehen würde.

Lassen Sie mich noch etwas weiter ausholen. Die AfD hält das Gesundheitsministerium und die Gesundheitsbehörden seit Langem auf Trab, indem sie in unzähligen Schriftlichen Anfragen Excel-Tabellen mit Zahlen oder Namen fordert. Konkrete Vorschläge, wie Bayern gut und sicher durch die Pandemie kommt, wie Menschenleben gerettet werden und

(Zuruf)

wir unser Gesundheitssystem gut rüsten können,

(Zuruf)

bleiben Sie jedoch komplett schuldig. Totale Fehlanzeige!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zurufe)

Dem setzt Ihr heutiger Dringlichkeitsantrag noch die Krone auf. Sie wollen jetzt auch noch tricksen. Sie wollen die Bedrohung durch Corona mit allen Mitteln – auch mit statistischen Tricks – kleinreden und sie kleiner erscheinen lassen, als sie ist, indem Sie COVID-19-Infektionen in Pflegeheimen

(Zuruf)

nicht mehr in die 7-Tage-Inzidenz einrechnen.

Überwinden wir uns jetzt einmal und versuchen wir, Ihrem Vorschlag zu folgen. Wie wollen Sie das organisatorisch umsetzen? Wenn sich eine Pflegekraft in einem Heim infiziert, zählt sie dann zur Inzidenz, oder zählt sie nicht dazu? Wenn der Bewohner eines Pflegeheims ins Krankenhaus verlegt werden muss, zählt er dann als Corona-Infizierter zur Gesamtinzidenz dazu oder nicht? Wird er, wenn er ins Heim zurückkommt, dann aus der Gesamtinzidenz wieder herausgerechnet?

Das ist in keiner Weise praktikabel. Es ist auch kein Wunder, Herr Kollege Winhart, dass Sie auf solche Fragen in Ihrer Rede überhaupt nicht eingegangen sind.

Gemäß Ihrem Antrag sollen COVID-19-Infektionen in Alten- und Pflegeheimen nicht mehr in die Gesamtinzidenz eines Kreises oder einer kreisfreien Stadt eingerechnet werden. Warum sollen sie das nicht mehr? Sind Pflegeheime eine eigene Welt? Oder ist es der AfD etwa egal, wenn sich Menschen in Alten- und Pflegeheimen infizieren,

(Zuruf)

weil sie vielleicht ohnehin sterben?

Ihre Gedanken lehnen wir als zutiefst unethisch ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir distanzieren uns klar von der Denke, die hinter Ihrem Antrag steht. Sie tun so, als wären das zwei komplett verschiedene, abgeschottete Welten. Hier die Alten- und Pflegeheime und da der Rest der Gesellschaft, das ist aber das komplette Gegenteil des Teilhabegedankens und von Inklusion. Sie sehen Alten- und Pflegeheime offenbar als eigenen Kosmos, in dem die Menschen weggeräumt, eingesperrt sind. Was ist das für eine Denke?

Ich könnte das auf die Spitze treiben. Sehen Sie die Menschen in den Alten- und Pflegeheimen als Menschen zweiter Klasse bzw. überhaupt noch als Menschen?

(Zuruf)

Sie sehen sie zumindest nicht mehr als einen Teil unserer Gesellschaft.

Eine Statistik ohne infizierte Alte und Pflegebedürftige nennen Sie – Zitat aus Ihrem Antrag – eine "bereinigte Darstellung". Das ist ungeheuerlich. Das ist bodenlos. Das ist ein Tabubruch. Unglaublich!

(Beifall)

Sie haben es doch gerade selber gesagt, Herr Winhart: einkaufen, abends mit Freunden ein Bier trinken zu gehen – aber bitte ohne die Alten in den Pflegeheimen. Es ist unglaublich, was Sie uns hier bieten.

Meine Damen und Herren, da tun sich Abgründe auf, und das alles, um die Bedrohung durch Corona zu verharmlosen. Ihr ganzer Antrag ist deshalb ablehnungs- bzw. verabscheuungswürdig: das Ziel, Corona zu verharmlosen, ebenso wie der im Antrag vorgeschlagene Weg, Menschen aus unserer Gesellschaft zu exkludieren.

Wir werden das nicht zulassen.

(Zuruf)

Wir stehen zu den Menschen in den Alten- und Pflegeheimen, die unseres besonderen Schutzes bedürfen.

(Unruhe)

Sie haben gerade von der "gefühlskalten Kanzlerin" gesprochen. Die Einzigen, die jedoch gefühlskalt sind – und zwar gegenüber den Menschen in den Alten- und Pflegeheimen –, das sind Sie von der AfD.

(Beifall – Zurufe)

Um hier ein klares Zeichen zu setzen, lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Zuruf)

Aber nicht nur das: Wir verurteilen ihn auch. Dieser Antrag ist ein weiterer Tiefpunkt unserer parlamentarischen Kultur, für den die AfD verantwortlich ist. Meine Rede schließe ich deshalb mit drei Worten: Ich bin schockiert.

(Beifall – Zurufe)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Seidenath. – Es liegen zwei Zwischenbemerkungen vor. Die erste Zwischenbemerkung macht der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Bitte schön, Herr Plenk.

Markus Plenk (fraktionslos): Sehr verehrter Herr Seidenath, ich gebe Ihnen grundsätzlich recht, dass es wenig Sinn hat, nur nach Personen in Alten- und Pflegeeinrichtungen und dem Rest der Bevölkerung zu unterscheiden. Bayern schneidet seit Oktober extrem schlecht ab, was die Pandemiebekämpfung angeht. Das liegt auch an ungeeigneten und nicht zielgerichteten Maßnahmen. Meine konkrete Frage, die ich bereits in der Vergangenheit gestellt habe, ist: Warum gibt es nach wie vor keine repräsentative Vergleichsgruppe, anhand derer man besser erkennen könnte, wo genau die Hotspots liegen und welche Bevölkerungsgruppen besonders betroffen sind, um zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen?

Bernhard Seidenath (CSU): Ich habe versucht, Ihrer Frage zu folgen, aber ich verstehe sie nicht. Ich komme nicht hinter Ihre Denkweise. Das tut mir wirklich leid. Da ist eine Distanz zwischen uns. Ich kann nur sagen: Wir in Bayern tun alles, um die Gesundheit der Menschen zu schützen, vor allem der alten und der vorerkrankten Menschen. Dem dienen unsere Maßnahmen, und da sind wir erfolgreich. Wir hatten schwierige Startbedingungen. Aber die Staatsregierung macht auf diesem Gebiet einen hervorragenden Job. Herr Plenk, tut mir leid, da sind Sie auf dem Holzweg.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Die nächste Intervention kommt von Herrn Andreas Winhart von der AfD-Fraktion. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

Andreas Winhart (AfD): Herr Kollege Seidenath, nachdem Sie offensichtlich bei unserem Dringlichkeitsantrag ein bisschen Verständnisprobleme hatten, will ich gerne nochmals im Detail darauf eingehen.

Sie haben die Frage gestellt, was dann ist, wenn im Pflegeheim lebende Leute mit COVID ins Krankenhaus kommen. In unserem Antrag steht klipp und klar – das ist vollkommen klar –, dass es sich um die Bewohner handelt. Das heißt logischerweise: Wenn der betreffende Bewohner ins Krankenhaus geht, ist er nicht mehr im Heim. Genauso klar ist, warum das Personal nicht bei der Berechnung der Inzidenzwerte herausgerechnet wird: Das Personal wohnt nicht im Heim, sondern geht nach Dienstende nach Hause und kommt gegebenenfalls am nächsten Tag wieder. Daher wäre hier eine klare Abgrenzung möglich.

Sie sind über unseren Dringlichkeitsantrag schockiert und vielleicht ein bisschen künstlich echauffiert. Ich sage Ihnen eines: Wenn Sie unsere anderen Anträge mitbekommen haben – und das haben Sie als Ausschussvorsitzender –, wissen Sie auch, dass wir für Schnelltests sind und eben nicht wollen, dass die Senioren dauerhaft isoliert sind. Isoliert wird nur bei einem Corona-Ausbruch. Das sieht auch Ihre Infektionsschutzverordnung im Moment vor, und das entspricht genau dem, was die Bayerische

Staatsregierung im Moment praktiziert. Also werfen Sie uns nicht Sachen vor wie zum Beispiel, wir seien unethisch, wenn Sie selbst dieselben Dinge praktizieren.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Herr Abgeordneter Seidenath.

Bernhard Seidenath (CSU): Herr Kollege Winhart, ich hatte in der Tat Verständnisprobleme, weil ich nicht geglaubt habe, was da steht.

(Zurufe)

Ich habe es mehrfach lesen müssen, um zu glauben, was da steht; denn das ist unglaublich. Wir brauchen das gar nicht mehr irgendwie schönzureden. Sie verlassen mit diesem Dringlichkeitsantrag das Wertefundament, auf dem wir in unserer bundesrepublikanischen Gesellschaft stehen.

(Zuruf)

– Das tun wir. Damit haben Sie sich ins Abseits gestellt. Mehr gibt es dazu nicht zu sagen.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Vielen Dank. – Damit darf ich als nächste Rednerin Frau Abgeordnete Barbara Fuchs von den GRÜNEN aufrufen. Bitte schön, Frau Fuchs.

Barbara Fuchs (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, Kolleginnen und Kollegen! Allein in Bayern haben bis heute über 10.000 Menschen ihr Leben durch COVID-19 verloren. Während hier im Hohen Haus die demokratischen Fraktionen seit Beginn der Pandemie um die besten Strategien und den größtmöglichen Gesundheitsschutz der gesamten Bevölkerung ringen, hält die AfD-Fraktion das alles offensichtlich immer noch für ein Spiel. Natürlich müssen wir die Verhältnismäßigkeit aller Maßnah-

men abwägen. Und natürlich ist es Aufgabe der Oppositionsfraktionen, auch die Corona-Politik der Staatsregierung konstruktiv und kritisch zu begleiten. Konstruktiv ist, was man selber an sinnvollen Vorschlägen erarbeitet. Das hat die AfD-Fraktion überhaupt nicht verstanden. Sinnvolle Vorschläge setzen allerdings ein Grundverständnis des Problems voraus. Aber Sie verweigern sich weiterhin jedem Grundverständnis konsequent mit einem peinlichen und verletzenden Trotz, seit Sie Ihre Strategie beim Spalten der Gesellschaft von "Wir werden alle sterben" hin zu "Es gibt keine Pandemie" geändert haben.

Den neuesten Akt Ihrer Ignoranz und Menschenverachtung haben wir heute auf dem Tisch liegen. Die Bewohnerinnen und Bewohner von Pflegeheimen, betagte und teilweise vorerkrankte Menschen, die vulnerabelste Gruppe der Pandemie, sollen aus den Inzidenzen herausgerechnet werden. Deren Infektionen und damit deren Krankheit und Sterben sollen allen anderen nicht länger wie ein Klotz am Bein hängen. Jetzt für die AfD ganz einfach mathematisch erklärt: Man kann nicht einfach eine Komponente aus einer Rechnung herausnehmen, um dann ein richtiges Ergebnis zu haben. Das funktioniert nicht. Warum, glauben Sie, ist es wichtig, Inzidenzwerte zu erheben? Es geht darum, die Infektionsketten zurückzuverfolgen und die Leistungsfähigkeit unseres Gesundheitswesens nicht zu überfordern.

(Zuruf)

Es geht auch darum, in der Lage zu bleiben, Menschenleben zu retten, und zwar jedes Menschenleben.

(Beifall – Zurufe)

Betagte und hochbetagte Menschen sind, auch wenn sie ihren Lebensabend in einer Einrichtung verbringen, ohne jeden Zweifel Teil unserer Gesellschaft. Wie stellen Sie sich das vor? Die Infektionsketten enden dann an den Türen der Einrichtungen? Das ist nicht nur zynisch, sondern auch unverantwortlich.

(Zuruf)

Ich sage an dieser Stelle meinem Vorredner Herrn Seidenath Danke; denn er hat mir aus der Seele gesprochen.

Ihr Dringlichkeitsantrag zeigt wieder einmal das wahre Gesicht der AfD, nämlich dass Ihnen die Seniorinnen und Senioren vollkommen egal sind. Letztere zählen für Sie nicht – nicht mal im Kampf gegen eine potenzielle Infektion. Schämen Sie sich!

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Danke schön. – Frau Abgeordnete, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es kommt noch eine Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Singer.

Ulrich Singer (AfD): Frau Kollegin, ich möchte betonen, dass gerade der AfD der Schutz von Leben besonders wichtig ist. Wir weisen seit Beginn der Pandemie darauf hin, dass die Staatsregierung und überhaupt die gesamte Regierung auf Bundesebene dabei versagt, die vulnerablen Gruppen wirklich zu schützen. Sie müssen wissen, dass 89 % der Corona-Toten im Alter von 70 plus waren. Genau dort, in den Heimen, haben Sie kläglich versagt. Hier ist ein komplettes Scheitern zu beobachten. Wir haben überall – in ganz Bayern, vor allem in unseren Seniorenwohnheimen – Ausbrüche. Aber diese Bereiche sind geschützt; sie sind abgrenzbar. Hier können wir handeln, um die Menschen zu schützen, und zwar nicht indem wir sie isolieren, sondern indem wir zum Beispiel Raumlufreiniger einsetzen, um die Viren aus der Luft zu filtern. Das sind Möglichkeiten, um die Menschen nicht in Einsamkeit einzusperren, sondern um ihnen das soziale Leben zurückzugeben. Auch das fordern wir.

(Beifall bei der AfD)

Barbara Fuchs (GRÜNE): Aber die alten Leute sperren wir dann weg, oder wie? Da machen wir die Türen zu? Die werden nicht mehr mitgerechnet?

(Beifall)

Ich habe letzte Woche in einem Heim bei einer alten Person vier Tage Sterbebegleitung gemacht. Jede Nacht habe ich erlebt, wie dankbar dieser Mensch war, dass in den letzten Stunden jemand bei ihm war. Aber Sie wollen die alten Leute wegsperren und herausrechnen. Sie haben Mathematik nicht verstanden, deshalb zurück in die 1. Klasse Grundschule. Ansonsten: unter aller Kanone, ehrlich.

(Beifall)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich darf als nächste Rednerin Frau Susann Enders aufrufen und ans Mikrofon bitten. Bitte schön, Frau Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Dringlichkeitsantrag der AfD ist für mich ein verzweifelter Versuch, Corona-Zahlen schönzurechnen und Infektionen in Altenheimen einfach zu ignorieren. Natürlich können wir über die Aussagekraft der Inzidenzzahlen an sich diskutieren; denn für die einen ist die Inzidenzzahl die heilige Kuh der Corona-Einschätzung, für mich ist sie nur einer von vielen Werten.

Natürlich springen die Corona-Zahlen nach oben, wenn eine Pflegeeinrichtung betroffen ist. Aber wollen Sie diese Zahlen wegschieben, als gäbe es sie nicht? Wollen Sie unsere Seniorinnen und Senioren vergessen und einfach herausrechnen? – Ich nicht; auf keinen Fall.

(Beifall)

Menschen in Pflegeheimen benötigen unseren besonderen Schutz. Viele von ihnen haben nämlich unser Land mit aufgebaut. Googeln Sie einmal den Begriff "Respekt", und Sie finden eine Menge, was Sie lernen könnten.

(Beifall)

Die älteren Herrschaften haben es verdient, dass wir sie respektieren. Ihr Leid ist nicht weniger wichtig als das Leid der Jüngeren. Deshalb lehnen wir diesen Dringlichkeitsantrag ab.

(Beifall)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin rufe ich Frau Ruth Waldmann von der SPD-Fraktion auf.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus! Es macht wirklich etwas müde, wenn man immer wieder bei Adam und Eva anfangen muss. Sie tun hier so, als ob die Inzidenz, als ob die Ansteckungszahlen in den Heimen nichts mit der Situation im Umfeld zu tun hätten. Ich weiß nicht, ob Sie sich die Alten- und Pflegeeinrichtungen als geschlossene Anstalten vorstellen. Sie verweisen in der Begründung zu Ihrem Antrag an einer anderen Stelle sogar auf Gefängnisse, die man auch rausrechnen sollte. Aber das hat mit der Realität nichts zu tun. Zu den Häusern gehören neben den Bewohnerinnen und Bewohnern natürlich auch die Menschen, die dort arbeiten und meist in der Region, in der Nähe, wohnen, und natürlich auch die Angehörigen und die Besucherinnen und Besucher.

Sie haben das mit den Wechselwirkungen offenbar immer noch nicht verstanden oder nehmen die Übertragungswege des Virus immer noch nicht zur Kenntnis oder immer noch nicht ernst. Immer noch! Das kann doch eigentlich nicht wahr sein.

Die Heime sind bei uns eben nicht völlig isolierte Lebensorte. Gott sei Dank! Wenn es in starken Ausbruchsgeschehen Abriegelungen gibt, ist das ein großes Problem, das viel Leid verursacht, aber natürlich keineswegs ein Teil der Lösung.

Aber darum geht es auch gar nicht. In Wirklichkeit geht es Ihnen nämlich nur darum, die Maßnahmen weiterhin zu torpedieren. Sie sprechen wörtlich von einem Würgegriff der Einschränkungen, und nur um diese Propaganda geht es Ihnen. Es ist wirklich schäbig, dass Sie die Heime und die Bewohnerinnen und Bewohner dafür instrumen-

talisieren; denn um die geht es Ihnen in Wirklichkeit gar nicht. Sie machen hier Rechenispiele auf, anstatt die echte Gefahr zu sehen.

In Ihrem Text heißt es wörtlich, dass es sich bei der Situation in den Heimen – hören Sie bitte zu! – um "ein lokales, eng begrenztes und epidemiologisch einfach zu beherrschendes Ereignis" handle. Das bedeutet wirklich nur eines: dass Sie nach einem Jahr Pandemie wirklich gar nichts verstanden haben oder dass Sie gegen besseres Wissen reden. Wir haben eine wirklich gefährliche und gefährdete Situation in den Heimen und Einrichtungen. Das ist kein eng begrenztes und epidemiologisch einfach zu beherrschendes Ereignis. Das ist schlicht Unsinn.

Wenn es Ihnen um den echten Schutz der älteren Leute, der Pflegebedürftigen und der Menschen mit Behinderung ginge, würden Sie das Thema Impfen konstruktiv begleiten und nicht permanent dagegen arbeiten und Unsicherheiten schüren. Hier handeln Sie wirklich verantwortungslos. Das ist wirklich erbärmlich.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der AfD: Verantwortungsvoll!)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Als nächsten Redner rufe ich Herrn Dr. Dominik Spitzer von der FDP-Fraktion auf.

Dr. Dominik Spitzer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Es reicht ein Blick in die Zeitungen der vergangenen Wochen für Ihren Dringlichkeitsantrag – so schreiben Sie es. Dieser Ansatz beschreibt sehr gut, mit welcher Intention Ihre Initiativen entstehen. Nur leider sind Ihre Schlussfolgerungen mitunter schlichtweg nicht belegbar oder, wie in diesem Antrag, mehr als fragwürdig.

Multiple Faktoren spielen bei der Inzidenz zusammen. Pflegeeinrichtungen können aus unserer Sicht nicht isoliert gesehen werden. Mit zunehmender Durchimpfung der Gruppe der Über-80-Jährigen bzw. Über-70-Jährigen, auf die 88 % der Todesfälle entfallen, müssen tatsächlich die Inzidenzwerte neu bewertet und differenziert werden.

Aber nicht so, wie Sie es fordern, sondern zum Beispiel im Hinblick auf Altersverteilung, ambulante oder stationäre Behandlung, auf Auslastung der Intensivstationen, Nachverfolgbarkeit, im Hinblick auf die Erkrankungsfälle und den Ct-Wert, um nur einiges zu nennen.

Auf die Idee für den Antrag wäre die AfD gar nicht gekommen, hätten CSU und FREIE WÄHLER ihre Hausaufgaben und Ministerpräsident Söder den Schutz der Heimbewohner zur Chefsache gemacht.

Wir – und hier beziehe ich die SPD und auch die GRÜNEN mit ein – haben immer wieder Vorschläge für einen besseren Schutz der vulnerablen Gruppen eingebracht. Diesen Antrag lehnen wir ab.

(Beifall bei der FDP)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank, Herr Abgeordneter. – Zum Abschluss darf ich Herrn Staatsminister Klaus Holetschek aufrufen.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn das Thema nicht so ernst wäre, müsste man an dieser Stelle tatsächlich ganz anders darauf reagieren. Aber ich glaube, wer immer wieder mit Vertretern von Einrichtungen gesprochen hat, in denen Ausbrüche sind, wer erlebt hat, wie verzweifelt Menschen in diesen Einrichtungen sind, dem geht das sehr ans Herz. Deswegen wollen wir alles dafür tun, dass die Menschen in diesen Einrichtungen mitten in unserer Gesellschaft geschützt werden.

Die Kolleginnen und Kollegen der AfD sollten sich wirklich überlegen, ob sie jedes Mal einen neuen Tiefpunkt in der parlamentarischen Debatte setzen wollen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wissen Sie, Sie setzen sich einmal mehr an die Spitze der Corona-Leugner, an die Spitze einer Bewegung, die das Thema nicht ernst nimmt, die es ignoriert, die mit Täuschenspielertricks punkten will. Wir testen, Sie tricksen.

(Widerspruch bei der AfD)

Es wird nicht besser. Die Reihe Ihrer Anträge geht tatsächlich in eine Richtung, bei der wir nicht mehr merken, dass die Werte in unserer Gesellschaft, die uns zusammenhalten, überhaupt etwas für Sie bedeuten.

(Widerspruch bei der AfD)

Schämen Sie sich einfach!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich kann nur noch mal sagen: Ich kann mir die Welt nicht so zurechnen, wie sie mir passt. Sie müssen die Fakten zur Kenntnis nehmen. Die Fakten sind: Wir sind in einer weltweiten Pandemie; wir tun etwas für den Schutz unserer Altenheime; wir engagieren uns hier. Wir haben in der ersten Welle gesehen, wie schwierig die Isolation der Menschen ist. Wir sehen genau hin, weil wir das eben nicht wollen.

(Zurufe von der AfD)

Wir haben die "Schnelle Einsatzgruppe Pflege" eingerichtet. Wir haben Pflegeleiter in den Kommunen. Wir kümmern uns. Wir beraten, wir klären auf. Das ist unsere Verantwortung, die wir in dieser Pandemie haben. Die kann ich mir doch nicht einfach hinrechnen, wie es mir gefällt. So etwas Verantwortungsloses habe ich noch nie erlebt.

(Lebhafter Widerspruch bei der AfD)

Es ist wirklich eine Schande für dieses Haus, dass Sie hier sitzen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Damit beende ich die Rede.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Herr Staatsminister, kommen Sie bitte noch mal zum Rednerpult. Wir haben eine Zwischenbemerkung.

(Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Ihre Verantwortung ist das, Herr Holetschek! – Unruhe)

Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Andreas Winhart. – Bitte.

Andreas Winhart (AfD): Herr Staatsminister, Sie haben gerade gesagt oder uns vorgeworfen, dass wir tricksen würden. Als Tricksen würde ich beispielsweise bezeichnen: Man setzt eine Regelung in den Raum, die danach wieder von einem Gericht kassiert wird. Man probiert es einfach mal, obwohl man weiß, dass es wahrscheinlich rechtswidrig ist: 15-Kilometer-Regel, Alkoholverbot usw.

Was ich eher als Tricksen betrachte, ist das, was der Ministerpräsident jetzt vorhat: Nämlich jetzt, da das Ziel erreicht ist, da München bei 48 ist – in Regensburg sind wir bei einer Inzidenz von 24,1 –, da das Ziel von unter 50 erreicht ist, wird vom Ministerpräsidenten vorgeschlagen, eine Inzidenz von 10 anzupeilen, damit all die Maßnahmen aufrechterhalten werden können, damit die Gesellschaft eben nicht durchatmen kann, damit die Einzelhändler nicht aufmachen können, damit die Gastronomen nicht aufmachen können. Das ist Trickseriei, Herr Holetschek, und Sie spielen das ganze Spiel mit.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Klaus Holetschek (Gesundheit und Pflege): Jetzt wollen wir doch noch mal bei den Fakten bleiben, Herr Kollege Winhart. Sie haben den Antrag gestellt, dass wir die Alten- und Pflegeheime rausrechnen sollen, damit wir eine Inzidenz bekommen, wie sie Ihnen gefällt,

(Widerspruch bei der AfD)

wie sie für Sie, Ihre Argumentation und für Ihre politische Argumentation richtig ist. Sie wollen Kapital herausschlagen,

(Widerspruch bei der AfD)

und dazu nutzen Sie jede Möglichkeit. Wir unterscheiden uns dadurch, dass wir Themen, die weltweit einen Maßstab setzen, also 7-Tage-Inzidenzen, einordnen und dann abwägen, welche Maßnahmen verantwortlich sind. Bei dieser Abwägung müssen Sie einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir in Bayern im Moment mit der Inzidenz, glaube ich, bei rund 83 liegen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir an der Grenze sehr hohe Zahlen und ein mutierendes Virus haben, über das uns die Experten sagen, dass wir es ernst nehmen müssen.

Ich sehe gerade die Kollegin Brendel-Fischer. Die Kollegin weiß, wie so ein Thema dann aufschlägt, etwa im Krankenhaus in Bayreuth oder anderswo.

Verantwortungsvolle Politik fragt: Wo stehen wir? Wie sind die Fakten? – Sie entfernen sich von den Fakten.

(Unruhe – Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sie gehen ins Reich der Märchen. Das ist es, was ich Ihnen vorwerfe. Politik muss sich an Fakten orientieren. Politik ist kein Wunschkonzert, Herr Kollege Winhart.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen, wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/12918 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der

AfD. Wer ist dagegen? – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU und der FDP sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.